

Kamele in der Hauptstadt

Klima und Klimagerechtigkeit in Westafrika

(Kölner Menschenrechtsfestival 2017, Autor: Serge Palasie, Eine Welt Netz NRW)



Was bedeutet Klimagerechtigkeit?

Donald Trumps einseitiger Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen hat – so zynisch das klingen mag – einen positiven Nebeneffekt: Nachdem in den letzten Jahren auf internationaler Ebene so erstrebenswerte Beschlüsse für eine gerechtere Welt gefasst worden waren (darunter das erwähnte Klimaabkommen, die Welt-nachhaltigkeitsziele (SDGs) sowie die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung), holt Trump nun auch die größten Träumer*innen wieder zurück in die Realität. Um beim Klima zu bleiben: Diejenigen, die seit der Industrialisierung maßgeblich für die globale Erderwärmung verantwortlich sind, bestimmen nach wie vor die Rahmenbedingungen. Hehre Zielsetzungen sind anscheinend schneller unterzeichnet als verinnerlicht, zumindest auf oberster politischer Ebene. Bleibt zu hoffen, dass Trumps Vorgehen nicht Schule macht, denn am Ende geht es neben positiven Absichtserklärungen leider vor allem immer noch um (kurzfristig gedachte) ökonomische Konkurrenzfähigkeit. Da wir im Gegensatz zu vielen Ländern des Globalen Südens – auch und gerade in Afrika – nicht direkt die Folgen des Klimawandels spüren, ist es nun mehr denn je an der organisierten Zivilgesellschaft, den Gedanken einer zunehmenden globalen Solidarität weiterhin in breite Teile der Öffentlichkeit zu tragen und dort zunehmend zu verankern.

Es ist klar, dass all die erwähnten Beschlüsse in Richtung einer besseren, nachhaltigeren und gerechteren Welt – so begrüßenswert sie sind – auch deswegen zustande kamen, weil deren Einhaltung weitestgehend freiwillig ist. Gegenteilig verhält sich dies in den Weltgegenden, die den Klimawandel nicht verursacht haben, dessen Folgen aber heute schon zu spüren bekommen. Die Frage der Freiwilligkeit stellt sich dort nicht. Bleiben ökonomische Erwägungen im globalen Norden dominant, werden die Folgen für den Globalen Süden immer untragbarer – mit zunehmenden Folgen für die ganze Welt. Denn: Auch wenn wir noch mit direkten Folgen des Klimawandel zurzeit wenig bis gar nichts zu tun haben, ist klar, dass der Anteil der Menschen, die aus umweltbedingten Gründen zu uns fliehen, stetig steigen wird. Noch sind die Zahlen von Geflüchteten bei uns überschaubar – wenngleich Medien und Politik oftmals ein anderes Bild zeichnen. Aber ist ein gewisser Kippunkt erst einmal überschritten, dann entstehen erhebliche Kosten – hier und in den Ländern des Südens. Im Süden würde eine massenhafte Abwanderung endgültig das soziale und ökonomische Ausbluten bedeuten. Bei uns würde sehr wahrscheinlich eine Willkommenskultur, wie wir sie etwa ab 2015 erlebt haben, zunehmend auf die Probe gestellt werden. Rechtes Gedankengut hätte dann sicherlich noch leichteres Spiel. Der Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit ist also nicht „nur“ Ausdruck globaler Solidarität, sondern unabhängig davon im ureigenen Interesse. Wer das leugnet, denkt weder an ein Morgen im Globalen Süden, noch im Globalen Norden.

Die Folgen des Klimawandels in Westafrika

Hier kommen wir nun zum Kamel aus der Überschrift. Im weiten Teilen Westafrikas und darüber hinaus stellt vor allem die zunehmende Ausbreitung der Sahara eine zentrale Herausforderung dar. Auf dem Bild, das 2010 in Malis Hauptstadt Bamako entstand, ist ein Nomade aus dem Sahelgebiet



(unmittelbar am Südrand der Sahara) zu sehen. Er machte sich mit seinem Kamel nur deswegen auf den über 1000 Kilometer langen Weg, weil seine Heimat immer weniger Raum für nomadische Lebensweisen zulässt (u.a. zunehmender Trinkwassermangel, Verödung der Böden...). In Bamako versuchte er nun mit dem Verkauf von Kunsthandwerk über die Runden zu kommen. Für die alteingesessene Bevölkerung der Hauptstadt war der Anblick eines Kamels eine kleine Sensation, was verdeutlicht, welche Dimensionen der Klimawandel bereits erreicht

hat. Aber nicht nur Nomaden, sondern auch Ackerbauern leiden unter der Ausbreitung der Sahara. Und da, wo Ackerbauern und Nomaden um das ständig knapper werdende Acker- bzw. Weideland sowie um die Ressource Wasser konkurrieren, häufen sich Konflikte, die auch gewaltsam enden können. Zunehmend werden u.a. ethnische oder religiöse Abgrenzungsmechanismen bewusst geschürt, um diesen Verteilungskampf zu führen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass terroristische Vereinigungen wie Al Qaida Maghreb, Boko Haram und Al Shabaab da entstanden sind und Zulauf finden, wo auch klimatisch bedingt Perspektiven zunehmend fehlen. Und wenngleich unsere Politik betont, dass ökologische Fluchtursachen genauso wie ökonomische von der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgedeckt werden: Über die geschilderten „Umwege“ werden so letztlich dann doch wieder Konventionsflüchtlinge produziert. Diese hätten dann zumindest theoretisch eine Bleibeperspektive in jenen Ländern, die eine Ursache für zunehmende Konflikte – den Klimawandel – durch ihr ressourcenintensives Wirtschaften mitverursacht haben.

Neokoloniale Strukturen – Ein Hindernis?

Pariser Klimaabkommen, SDGs und Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung: Sie alle wollen historisch gewachsene Ungerechtigkeiten, die bis zurück in die Zeiten von transatlantischem Sklavenhandel und Kolonialismus gehen, beheben bzw. verringern. Das alles ist trotz der oben geschilderten Schwierigkeiten begrüßenswert. Die gleichzeitig verhandelten Freihandelsabkommen wie TTIP und in Bezug auf Afrika vor allem die EPAs (sog. Economic Partnership Agreements) werfen jedoch schon einige Fragezeichen auf: Können die SDGs beispielsweise tatsächlich eine Chance auf Realisierung haben, während die EPAs versuchen, Afrikas (und andere) Märkte weiter für europäische Produkte zu öffnen? Wer sich weigert, dem droht die EU ganz offen. So wurde etwa Kenia zu einer Zustimmung bewegt, indem man drohte, ansonsten künftig Einfuhrzölle auf kenianische Schnittblumen zu erheben. Ungerechtigkeiten werden so nicht behoben, sondern zementiert. Dies berücksichtigend gilt: Alle, die tatsächlich an einer gerechteren Zukunft für möglichst viele interessiert sind, müssen verstärkt an einem Strang ziehen, innerhalb der Gesellschaft, aber auch zunehmend in einem Dialog mit den Engagierten im Globalen Süden.